



Evangelische Kirche
in Deutschland



11.04.2019
061b

Es gilt das gesprochene Wort!

Statement von
Prof. Dr. Reiner Anselm (München),
Vorsitzender der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD,
bei der Pressekonferenz zur Vorstellung des Gemeinsamen Wortes
„Vertrauen in die Demokratie stärken“
am 11. April 2019 in Berlin

Wir sind derzeit Zeugen eines rapiden Wandels: Die Formen des Zusammenlebens, die Art des Wirtschaftslebens, die Möglichkeiten der Kommunikation und nicht zuletzt die internationale politische Ordnung verändern sich mit hohem Tempo. Solche Veränderungen bringen neue Möglichkeiten und Chancen mit sich, sie führen aber auch dazu, dass Vertrautes verschwindet und sich Unsicherheit festsetzen kann. Auch in Deutschland versuchen die Kritiker der Demokratie aus dieser Unsicherheit Kapital zu schlagen. Sie säen Zweifel daran, dass die menschenrechtsbasierte, rechtsstaatliche und freiheitliche Demokratie des Grundgesetzes in der Lage ist, auf diese Herausforderungen eine angemessene Antwort zu finden. Nicht selten tarnen diese Kritiker ihre Angriffe auf die politische Ordnung als radikale Demokratie. Sie versprechen, allein das Volk zu repräsentieren – und verschweigen, dass sie nur antreten, um Andersdenkenden den Platz in Staat und Gesellschaft abzuspochen.

Als Kirchen möchten wir diesen Tendenzen mit einer eindeutigen Botschaft entgegentreten. Sie beinhaltet vier Elemente: Ja, unsere Welt verändert sich und wir stehen vor erheblichen Herausforderungen. Die Globalisierung der Wirtschaft, das Spannungsfeld von wirtschaftlicher Ungleichheit und demokratischer Gleichheit, von Freiheit und Solidarität, die Aufgaben, die aus der verstärkten Migration erwachsen sowie nicht zuletzt die Veränderungen, die mit der Digitalisierung einhergehen, erfordern neue Antworten. Aber: Wir sind zutiefst überzeugt: Als lern- und vor allem als korrekturfähige Staatsform ist die Demokratie in der Lage, auf diese Herausforderungen besser und nachhaltiger als andere

Staatsformen zu reagieren. Als eine Gemeinschaft des Rechts bilden sowohl die politische Ordnung der Bundesrepublik als auch die Europäische Union einen Rahmen, der die Veränderungen, die wir erleben, nicht einfach dem Spiel der Kräfte überlässt, sondern sie als zu gestaltende und zu regulierende Herausforderung begreift. Daher möchten wir – gerade auch im Vorfeld der Europawahl – nachdrücklich für diesen Weg werben. Im Bereich der Globalisierung, der Weiterentwicklung des Sozialstaats, der Migration und auch der Digitalisierung kommt es in unseren Augen darauf an, dem freien Spiel der Kräfte, der Durchsetzung des Mächtigeren oder dem Willen eines normativ verstandenen, vermeintlich einheitlichen Volkes die Herrschaft des Rechts und den Respekt vor dem politischen Kompromiss entgegenzusetzen. Die EU verstehen wir in diesem Sinne als ein historisch einmaliges Projekt, um unterschiedliche Interessen und Traditionen unter dem Recht, der Teilhabe und der Kunst des Kompromisses zusammenzuführen.

Ohne solche Kompromisse kann auch unsere plurale, rechtsstaatliche Demokratie nicht auf Dauer bestehen, ebensowenig wie ohne die weltanschaulichen Überzeugungen, auf denen sie aufruht. Angesichts der dynamischen Entwicklungen in unserem Land, in Europa und weltweit sind die Anforderungen an solche Kompromisse gestiegen – und gerade deswegen stellen wir uns denen entgegen, die meinen, sich fundamentalistisch diesem Grundelement parlamentarischer Demokratien entziehen zu können. Den Maßstab solcher Kompromisse bildet das, was in der europäischen Tradition seit jeher mit dem „gemeinen Nutzen“, dem Gemeinwohl, ausgedrückt wurde: Nicht die Interessen weniger, sondern die Ausrichtung am gemeinsam immer wieder neu zu justierenden gefundenen Wohl sollen den Maßstab des politischen Handelns bilden.

Für den Bereich der zu gestaltenden Globalisierung bilden die anstehenden Europawahlen den Anlass, einen Prozess zu initiieren und zu stärken, bei dem die europäische Wirtschafts- und Währungsunion durch gemeinsame Regeln eines solidarischen Ausgleichs gefestigt wird. Sich in einer Demokratie als Freie und Gleiche zu achten bedeutet auch, sich national, in Europa und auch weltweit dafür einzusetzen, dass es bei aller notwendigen Differenzierung nicht dazu kommt, dass Menschen sich als Abgehängte oder unverschuldet Benachteiligte sehen.

Kompromisse wird es brauchen, wie wir wirtschaftliche Dynamik, europäische und auch internationale Solidarität mit den nationalen sozialen Standards und Wahrnehmungen verbinden. Denn Populismen speisen sich aus der Wahrnehmung nationaler Ungleichheit – und deren Überwindung kann sich durchaus in Spannung mit internationaler und europäischer Solidarität befinden.

Im Bereich der Migration stellen sich solche Herausforderungen mit großem Nachdruck. Hier wird es darauf ankommen, Kompromisse zu finden, die den Hilfebedürfnissen und in unserer christlichen Tradition tief verankerten Prinzipien der Zuwendung zu den Schwachen ebenso gerecht werden wie den bei uns und auch in den meisten europäischen Ländern verbreiteten Sorgen um Überforderungen und auch Gefährdungen der eigenen Identität.

Die stark veränderten Kommunikationsmöglichkeiten im Zeitalter der Digitalisierung, aber auch die damit verbundenen Veränderungen in der Arbeitswelt bilden für alle genannten Bereiche einen Katalysator, der Probleme, aber auch Lösungen verstärken kann. Verstärkte öffentliche Aufmerksamkeit für diesen Sektor, die das Bereithalten verlässlicher Informationen auch in den digitalen Medien ebenso beinhaltet wie das Engagement für eine flächendeckende digitale Infrastruktur und ein Management wirtschafts- und privatsphärenrelevanter Daten, beschreiben hier die Aufgaben, in denen es Engagement, Weitblick und auf allen Ebenen Kompromisse zwischen Kostenfreiheit, Bequemlichkeit, Dynamik und Regulierung braucht. Auch hier gilt: Diese Regelungen überschreiten den Raum des Nationalstaats, und die Initiativen der EU etwa in der DSGVO oder auch im Urheberrecht gehen in die richtige Richtung, auch wenn sie Raum für Verbesserungen lassen und nicht alle Erwartungen zufriedenstellen.

Dabei gilt auch hier: Ambiguitätstoleranz ist eine wichtige Voraussetzung in der Demokratie, sie ist ebenso notwendig wie die Vision einer besseren Gerechtigkeit, und für beides sehen wir das Christentum als eine wichtige Quelle. Dieses Christentum präsent und lebendig zu erhalten, ist daher die wahrscheinlich wichtigste Aufgabe, die die Kirchen in der Demokratie wahrnehmen müssen.